

Miteinander stark
Sozial . Modern . BayernSPD

Bayern

SPD

66.

Ordentlicher PARTEI TAG

Samstag | 27. Juni 2015

Sonntag | 28. Juni 2015

Im Energiepark Hirschaid

BESCHLUSSBUCH

Inhalt

Angenommene und überwiesene Anträge	4
Wohnen und Bauen.....	4
B 1 Wohnen für die Leut‘ statt Geld für die Spekulanten	4
B 3 Abschreibungsmöglichkeiten verbessern.....	12
B 5 Mietwucher wirksam bekämpfen.....	12
B 10 Wohnraumaufsicht auf Bundesebene verankern	13
B 11 Werkwohnungen schaffen – günstigen Wohnraum erhalten	13
B 12 Sozialwohnungsquote einführen.....	14
B 13 Bundeseinheitliche Mindestqualifikation für Makler und Hausverwalter.....	14
B 15 Bezahlbarer Wohnraum statt Reprivatisierung.....	14
B 16 Energetische Sanierung: Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln	15
B 19 Staatliche Wohnungsbaugesellschaft für Südbayern errichten	15
B 21 Wohnungsmarktorientiertes Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern zugunsten der bayerischen Ballungsräume auflegen.....	15
B 22 Barrierefreie Rettungswege	16
Arbeit und Rente	17
A 2 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen!	17
A 4 Hände weg von der Dokumentationspflicht!.....	18
A 6 Betriebliche Mitbestimmung bei Werkverträgen stärken	18
A 7 Verpflichtung zur Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren	19
A 9 ArbeitnehmerInnenkammer Bayern Einführung einer gesetzlichen ArbeitnehmerInnenvertretung in Bayern	20
A 10 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!.....	22
A 11 Sachgrundlose Befristung abschaffen – auch und gerade im Öffentlichen Dienst.....	23
A 12 Digitalisierung der Arbeitswelt	24
A 16 Das Rentenpaket weiterentwickeln: Reform und Revitalisierung der gesetzlichen Rente – Den Lebensstandard im Alter sichern	27
A 22 Sichere Arbeitsplätze schaffen!	41
A 23 Union-Busting	42
A 25 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle	43
Soziales und Gesundheit.....	44
S 1 Vorbereitungen zur Einführung der Bürgerversicherung weiterführen.....	44
S 4 Reform der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Sozialwahlen	44

S 5 Vertrauen in die Organspende und Organtransplantation fördern durch Schaffung transparenter Strukturen	45
S 6 Flüchtlinge und Asylbewerber mit einer Krankenversicherungskarte der GKV auszustatten	45
S 7 Unterstützung der Hebammen und EntbindungspflegerInnen.....	46
S 9 Gesetzliche Personalschlüssel-Regelung im Gesundheits- und Pflegebereich.....	47
S 11 Gewinnung von Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen und Auszubildenden mit Migrationshintergrund	48
S 12 Die Kosten von Betreuungsverfahren nicht den Betroffenen aufbürden	49
S 13 Fachärztliche Überprüfung auf Sinnesbeeinträchtigungen in Pflegeeinrichtungen verpflichtend einführen.....	50
S 14 Impfquote: Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote	50
S 16 Einführung neuer Entgeltformen in der Psychiatrie/ Psychosomatik (PEPP) stoppen ..	54
S 17 Keine Stigmatisierung von psychisch erkrankten Menschen	54
S 19 Leitlinien zur psychiatrischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Bayern	56
S 19 Einführung einer Stoffgruppenregelung in das Betäubungsmittelgesetz um den Handel gesundheitsgefährdender Designerdrogen ohne zeitliche Lücke zu kontrollieren und ggf. zu unterbinden	57
S 20 Zuckergehalt von Lebensmitteln transparent gestalten.....	57
Wirtschaft, Steuern, Finanzen	59
Resolution: TTIP - Transparenz als Handlungsleitlinie.....	59
W 1 Steuerpolitik.....	62
W 3 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer!	63
W 4 Neuregelung der Mehrwertsteuer.....	64
W 5 Wirtschaftspolitische Debatte in der SPD.....	65
W 14 Schluss mit neoliberalem Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im Euroraum	66
W 15 Profitorientierten Lobbyismus kontrollieren - Demokratie stärken	72
W 17 Public-Private-Partnership.....	74
W 20 Beibehaltung Verbot von Fremdkapital bei freien Berufen.....	75
W 21 Crowdfunding erleichtern, den grauen Kapitalmarkt regeln.....	75
W 22 Antrag auf Befreiung kleiner Genossenschaften (i.S. 267 Abs. 1 HGB) von der Mitgliedschafts- und Prüfungspflicht im Genossenschaftsverband.....	76
W 23 Erleichterung der Teilnahme von KMU und Existenzgründern an öffentlichen Ausschreibungsverfahren	76
Bildung.....	77
Bi 3 Bayern braucht ein Bildungsfreistellungsgesetz!.....	77
Umwelt und Energie.....	78

U 1 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris.....	78
U 2 Zur Organisation der Energiewende	80
U 4 Bürgerenergie braucht Perspektive und Planungssicherheit.....	81
U 5 Umsetzung der Energiewende.....	82
U 7 Keine Bad Bank für die Atomlobby	82
U 8 Hydraulic Fracturing.....	83
U 11 Genmais 1507 stoppen!.....	84
U 12 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten	86
U 13 Heimische Eiweißpflanzen auch nach 2016 weiter fördern.....	86
U 14 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik.....	87
Innen.....	90
I 1 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	90
I 2 Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.....	92
I 3 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU	93
I 4 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	96
I 5 Vorratsdatenspeicherung – Nein Danke!.....	97
I 7 Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent.....	99
I 8 Forderungen für Opfer von Sexualdelikten.....	114
I 9 Forderungen für Missbrauchsoffer	114
Internationales	115
In 5 Griechenland nach der Wahl - Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa	115
Initiativ.....	118
Ini 1 Tarifbindung und Mitbestimmung schützen – Solidarität mit den Beschäftigten der Post AG	118
Ini 2 Cannabis entkriminalisieren.....	120
Aufhebung des Fraktionszwang bei Ehe für alle	120
Ini 3 Antragsverfahren nach Landesparteitagen	121
II. Weitere Anträge.....	122

Antragsbereich U/Antrag 14

*Unterbezirk Würzburg Stadt
(GSt. Würzburg)*

*Empfänger:
Bundesparteitag*

U 14 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik (Angenommen)

5 Nachhaltigkeit, auch im Bereich Ernährung, spielt für eine gerechte Gesellschaft eine große Rolle. Wir wollen eine Gesellschaft, die nachhaltig und bewusst mit Lebensmitteln umgeht. Wir stellen hierzu folgende Forderungen, um eine faire und gerechte Verteilung von Lebensmitteln weltweit zu erwirken, um einerseits den Überfluss an Lebensmitteln einzudämmen und andererseits den Mangel an Lebensmitteln in den Ländern des globalen Südens zu lindern.

10 **Agrarsubventionen neu ausrichten**

15 Agrarsubventionen sollen soweit zurückzufahren werden, dass einerseits eine nötige Unterstützung von Landwirten und Landwirtinnen stattfindet, um unseren Nahrungsmittelbedarf abzudecken, aber andererseits keine Abschottung gegenüber Agrarprodukten aus Ländern des globalen Südens stattfindet. Verboten werden soll die Subvention auf Lebensmittelexporte in diese Länder. Die Vergabe von Agrarsubventionen soll dabei an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein, um eine sozial gerechte, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern.

20

Agrarkraftstoffanbau kontrollieren

25 Agrarkraftstoffe sollen nur auf Flächen angebaut werden, auf denen keine Nahrungsmittel oder bedrohte Pflanzenarten wachsen. Nur wenn er dort eingesetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe wachsen und die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist, ist der Anbau von Agrarkraftstoffen sinnvoll. So könnte man dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen. KleinbauerInnen und Genossenschaften könnten so gefördert werden. Agrarkraftstoff-Varianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen verhindert werden.

30

Fair Trade fördern und kritisch begleiten

35 Bei Fair-Trade steht eine nachhaltige Entwicklung im Zentrum der Handelsstrukturen und-Praktiken. Jeder und jede soll durch seine Arbeit einen menschenwürdigen Lebensstandard erreichen und sein Entwicklungspotential entfalten können.

40 Die Kleinbauern und Bäuerinnen schließen sich in der Regel in Genossenschaften zusammen, in denen sie an allen wichtigen Entscheidungen direkt und demokratisch beteiligt sind. Neben der Vermarktung der Produkte setzen sie sich unter anderem für soziale Sicherheit, Weiterbildung und dem Schutz von natürlichen Ressourcen

ein.

45 Gleichzeitig muss klar sein, dass sich auch in den Ländern des globalen Nordens nicht alle Menschen den Kauf von Fair-Trade-Produkten leisten können. Fair Trade alleine kann die Probleme des globalen Kapitalismus nicht lösen.

Für ein Vergaberecht, das soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt

50 Der Staat stellt in unserer Gesellschaft einen der größten Nachfrager dar. Gerade der Staat (also Bund, Länder und auch Gemeinden) muss diese Nachfragemacht sinnvoll einsetzen, Bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen müssen deshalb immer soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden.

55

Für eine nachhaltige und artgerechte Tierhaltung

Skandale um Massentierhaltungsanlagen reißen nicht ab und verunsichern die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wegen der unhygienischen Zustände in den Mastanlagen greifen immer mehr Produzenten zu Antibiotika. Die Folge ist, dass antibiotikaresistente Keime entstehen und auf den Menschen übergreifen können. Deshalb muss der Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung eingeschränkt werden.

60
65 Des Weiteren fordern wir ein Umsteuern bei der Tierhaltung. Wir brauchen eine Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Tiere müssen als lebende und leidende Lebewesen wahrgenommen und auch so behandelt werden.

Gegen Grüne Gentechnik

Wir glauben nicht dass die Grüne Gentechnik den Welthunger besiegen wird. Das Gentechnik-Prinzip beruht auf einer Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion, die den Zugang vieler Menschen zu Lebensmitteln verhindern wird und nicht erleichtert. Dass in Ländern des globalen Südens durch Monokulturen immer mehr KleinbauerInnen ihrer Existenz beraubt werden, ist auch eine Folge der Grünen Gentechnik. Dies lehnen wir strikt ab. Auch der Bedrohung der Vermischung von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen ist gefährlich. Vor allem da die langfristigen Wirkungen auf die Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier nicht erforscht sind. Wir brauchen eine nachhaltige und naturnahe Landwirtschaft, um einen freien und gerechten Zugang aller Menschen zu Lebensmitteln zu ermöglichen.

Ernährungsbewusstsein stärken

85 Für eine aufgeklärte Gesellschaft, ist es wichtig, nachhaltig und bewusst mit Nahrungsmitteln umzugehen. Viele Menschen wissen nicht um die Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten. Deswegen ist es wichtig dass die Menschen über die Auswirkungen des Konsumverhaltens unserer Gesellschaft aufgeklärt werden. Schon in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen bei Kindern muss eine Aufklärung diesbezüglich stattfinden, aber auch in den Medien und in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig können Menschen sich nur dann nachhaltig und bewusst ernähren,

90

wenn ihnen die finanziellen Möglichkeiten dafür zur Verfügung stehen. Eine Umverteilung innerhalb unserer Gesellschaft ist deshalb Grundvoraussetzung.

95

VerbraucherInnenschutz

Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe für den VerbraucherInnenschutz. Um den Menschen Transparenz in der Ernährung zu bieten, ist eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ein gutes Mittel. Beispielsweise für Lebensmittel die mittels Grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder Produkten, welche von Tieren stammen die mit genmanipulierten Futter ernährt wurden. Aber auch Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung müssen definiert und kontrollieren werden.

100

105